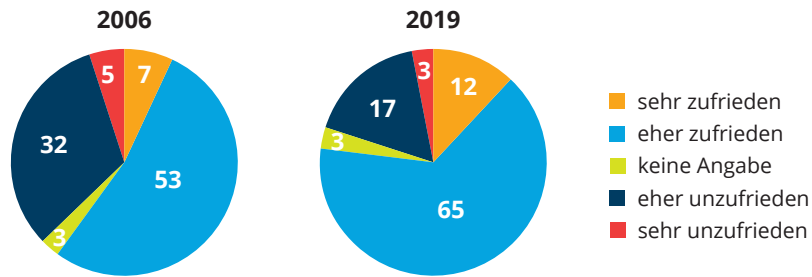


1

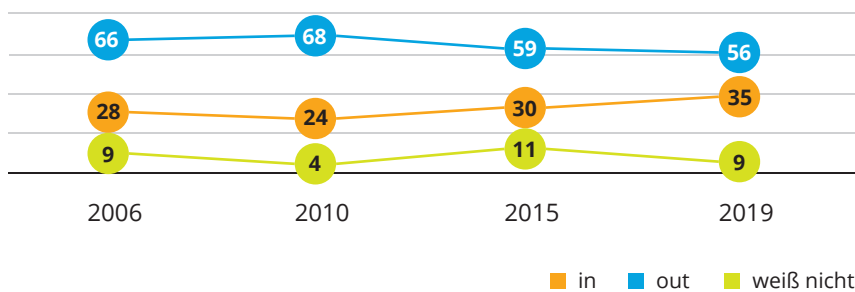
Wie zufrieden oder unzufrieden bist du – alles in allem – mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland besteht?



Jugendliche im Alter von 15 bis 25 Jahren, Angaben in %
Quelle: 18. Shell Jugendstudie 2019 (Grafik: Bearbeiterin)

2

Sich in die Politik einzumischen, ist bei Jugendlichen...



Befragt wurden 2.572 Personen von 12-25 Jahren
Ebd.

3

Wo informieren sich Jugendliche aktiv über Politik?

(Mehrfachnennungen, Angaben in %)



Befragt wurden 2.572 Personen von 12-25 Jahren
Ebd.

Beteiligungsformen in der repräsentativen Demokratie: Brauchen sie ein Update?

1

Ist es noch zeitgemäß in ein Wahllokal zum Wählen zu gehen und sich in der Zeitung und im Fernsehen über Politik zu informieren? Fördern Internet und Soziale Medien wie Facebook und Instagram die politische Beteiligung oder stellen sie eher eine Gefahr dar? Wenn Wahlen in einer repräsentativen Demokratie, wie in Deutschland, eine besondere Bedeutung haben, sollten dann nicht auch bereits Jugendliche wählen dürfen? In diesem Kapitel geht es sowohl um die Beantwortung dieser Fragen als auch um die grundlegenden Aufgaben, die Wahlen und Medien in der Demokratie haben.

Am Ende des Kapitels solltet ihr Folgendes können:

- das Verfahren und die Bedeutung von Landtagswahlen erläutern
- die Vor- und Nachteile elektronischer Wahlen gegeneinander abwägen
- eine Anhörung zur Absenkung des Wahlalters bei Landtagswahlen simulieren
- ein begründetes politisches Urteil zum Vorschlag „Wählen ab 16“ formulieren und den Prozess reflektieren
- die Aufgaben und Einflussmöglichkeiten von (Massen-)Medien in der Demokratie erklären
- die Gefahren und Chancen von Sozialen Medien für politische Beteiligung und Demokratie beurteilen

WAS WISST UND KÖNNT IHR SCHON?

1. Führt eine eigene Umfrage zu den drei Fragen auf der gegenüberliegenden Seite in der Klasse durch.
2. Arbeitet in Kleingruppen zu jeweils einem Diagramm.
 - a) Vergleicht euer Ergebnis mit dem aus der Shell-Jugendstudie.
 - b) Sammelt mögliche Gründe für das Ergebnis der Shell-Studie und für mögliche Abweichungen eurer eigenen Ergebnisse.
 - c) Sollte sich eurer Ansicht nach etwas verändern? Notiert Antworten und Vorschläge auf einem Plakat, einer Folie o. ä.
3. Präsentiert und ergänzt eure Ergebnisse in der Klasse.
4. Positioniert euch zu der oben stehenden Kapitelnfrage auf einer Linie zwischen „ja“ und „nein“. Begründet eure Positionierung kurz.

Einen Info-Kanal für Messenger herausgeben

I. Worum geht es?

Viele Menschen informieren sich gerne mit dem Smartphone über Politik und Wirtschaft. Mit Hilfe eines Info-Kanals, der über einen Messenger wie WhatsApp, Telegram oder Insta abonniert wird, kann man regelmäßig politische Informationen und Nachrichten in überschaubarem Umfang erhalten. Dahinter steht eine Redaktion, die die Themen auswählt, die Nachrichtenhintergründe recherchiert und die Inhalte für den Info-Kanal formuliert.

II. Geht dabei so vor:

Wie funktioniert ein Info-Kanal?



Mediencode:
71077-xy

1. Schritt: Vorbereitung

- a) Bildet Gruppen von ca. 4 Personen.
- b) Seht euch den Info-Kanal der Bundeszentrale für politische Bildung mit Hilfe des links stehenden QR- bzw. Mediencodes an und informiert euch darüber wie so ein Info-Kanal funktioniert.



2. Schritt: Thema wählen und Wissen aneignen

- a) Einigt euch in der Gruppe auf ein Unterthema des Kapitels. Möglich wären z. B. folgende Thema:
 - Landtagswahlen: → **M1, M2, M3, M8**
 - Arbeit und Aufgaben des Landtags: → **M4, M5, M6**
 - E-Voting: → **M8, M9, M10**
 - Wählen ab 16: → **M8, M12, M13, M14**
 - Politische Beteiligungsmöglichkeiten für Jugendliche: → **M1, M15, M22A**
 - Aufgaben von Medien in der Demokratie: → **M17, M18, M19**
 - Soziale Medien und Politik: → **M20, M21, M22, M23**
- b) Informiert euch, indem ihr die in a) angegebenen Materialien auswertet.
- c) Ergänzt die Informationen durch eigene Recherchen und stellt einen aktuellen Bezug her.



3. Schritt: Inhalt zum Thema für den Info-Kanal erstellen

- a) Entwerft den Inhalt eures Beitrags in Stichworten auf einem Poster, Tablet o. ä.
- b) Formuliert euren Beitrag aus.
- c) Richtet eine Messenger-Gruppe für eure Klasse ein und verschickt eure Beiträge in einer festgelegten Reihenfolge nach und nach (z. B. im Tages-, Wochen- oder Monatsrhythmus).

1.1 Durch Wahlen in der repräsentativen Demokratie mitwirken

1.1.1 Sind Landtagswahlen weniger wichtig als Bundestagswahlen?

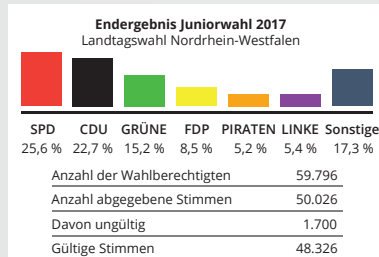
Zum Thema: Werden wir gefragt, welche Wahlen in Deutschland die wichtigsten sind, ist häufig die Bundestagswahl die erste Antwort. Doch stimmt das wirklich? Sind zum Beispiel Landtagswahlen weniger wichtig? Lohnt es sich da überhaupt, wählen zu gehen? Im Folgenden erfahrt ihr, welche Funktion Wahlen im Allgemeinen für Demokratien haben und was sich durch Landtagswahlen beeinflussen lässt.

M1 Die SV fordert die Teilnahme am Projekt „Juniorwahl“ für die kommende Landtagswahl

Die SV-Mitglieder Emre, Katalina und die Schülersprecherin Elena haben die Beschwerden einiger Klassen zusammengetragen. Es wird beanstandet, dass es keine Möglichkeit zur Teilnahme an den Juniorwahlen für die bevorstehende Landtagswahl geben soll. Einige Lehrerinnen und Lehrer argumentieren, dass eine Teilnahme an der Juniorwahl zur Bundestagswahl ausreiche, da das Wahlverfahren gleich und die Bundestagswahl ohnehin wichtiger sei. Zu dritt planen sie nun einen Antrag an die Schulleitung, allen Klassen und Jahrgangsstufen die Teilnahme am Projekt zu ermöglichen. Dem Antrag liegen folgende Informationen bei, die die SV-Mitglieder in der Zeitung gefunden haben:

Juniorwahl 2017: Immer mehr Jugendliche nehmen teil!

Auch dieses Mal haben viele Gymnasien in NRW an der „Juniorwahl“ zur Landtagswahl mitgemacht. Das gleichnamige Projekt „Juniorwahl“, das seit 1999 in vielen deutschen Schulen durchgeführt wird, wird immer beliebter. Nach einer Vorbereitung im Unterricht wird parallel zu den jeweils aktuellen Landtagswah-



© Kumulus e.V., Endergebnis Juniorwahl 2017 Landtagswahl NRW, www.juniorwahl.de, Abruf am 02.04.2020

len, Bundestagswahlen und Europawahlen eine Wahl simuliert. Die Ergebnisse werden um 18:00 am „echten“ Wahltag veröffentlicht. Organisiert wird die Juniorwahl von dem überparteilichen Verein Kumulus e.V. Das Projekt umfasst alle Schulformen – ausgenommen Grundschulen – ab Klassenstufe 7.

Bearbeiterin

EINSTIEGSAUFGABEN

1. Tauscht euch darüber aus, ob ihr die Teilnahme an der Juniorwahl für lohnenswert haltet. Was spricht dafür, was dagegen? Haltet euer Ergebnis fest.
2. Würdet ihr eher an den „echten“ Landtagswahlen oder Bundestagswahlen teilnehmen? Sammelt und notiert auch hier eure Gründe dafür und dagegen.

M2 Welche Funktionen haben Wahlen in der Demokratie?

Wahlen sind das Kernstück einer Demokratie. Die Bürgerinnen und Bürger nehmen indirekt durch Repräsentanten, die sie selbst wählen, an der Ausübung von Macht im Staat teil. Die gewählten Abgeordneten sind dann Vertreter des gesamten Volkes. In dieser „repräsentativen“ Demokratie regiert also nicht das ganze Volk, sondern gewählte Vertreter regieren mit Zustimmung des Volkes. Diese erhalten ihre Macht jedoch nur auf Zeit, nämlich bis zu den nächsten Wahlen (in der Regel alle 4, 5 oder 6 Jahre). Die Politiker müssen also, wenn sie wiedergewählt werden wollen, die Meinungen und Wünsche der Wählerschaft berücksichtigen. So erhält die Wahl auch die Funktion der Machtkontrolle. Dies funktioniert aber nur, wenn sich prinzipiell jede soziale Gruppe an dem Wettbewerb um die Macht beteiligen kann und die Opposition immer die Chance hat, an die Macht zu kommen. Um die Interessen der verschiedenen sozialen Gruppen zu bündeln und zu organisieren, gibt es Parteien, die Kandidaten aufstellen, Wahlprogramme erstellen und miteinander in einen Wettbewerb um die Wählerstimmen treten. Da es in Deutschland mehrere politische „Ebenen“ gibt (Kommunen, Länder und Bund), von denen jede ihre eigene Volksvertretung (Gemeinde-/Stadtträte bzw. Parlamente) hat, gibt es Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen. Darüber hinaus wird das Parlament der Europäischen Union regelmäßig direkt vom Volk gewählt wird.

Grundgesetz Artikel 20

(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.

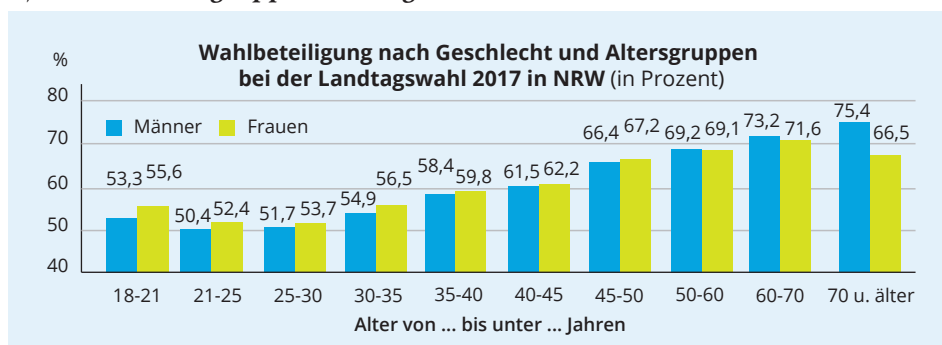
Bearbeiterin

M3 Wie viele Wahlberechtigte gehen zur Wahl?

a) Wahlbeteiligungen bei den letzten Wahlen

Bundestagswahl	Landtagswahl NRW	Kommunalwahl NRW	Europawahl
76,2% (2017)	65,2% (2017)	49,97% (2014)	50,62% (2019)
71,5% (2013)	59,6% (2012)	52,3% (2009)	42,61% (2014)

b) Welche Altersgruppen beteiligen sich am meisten bei Wahlen?



© Information und Technik NRW, Düsseldorf, 2018, Landtagswahl 2017 (Heft 5) – Ergebnisse nach Alter und Geschlecht in NRW, www.webshop.it.nrw.de, 03/2018, Abruf am 01.04.2020, S. 11

Wahlbeteiligung in Prozent

Verhältnis der Wähler zu den Wahlberechtigten:

$$\frac{\text{Wähler}}{\text{Wahlberechtigte}} \cdot 100 \%$$

M4 Welche Aufgaben hat der Landtag?

Das Parlament Nordrhein-Westfalens, der Landtag, hat seinen Sitz in Düsseldorf. Seine Zusammensetzung, Aufgaben und das Wahlverfahren sind in der Landesverfassung geregelt. Der Landtag wird direkt von den Bürgerinnen und Bürgern in NRW gewählt. Zu seinen wesentlichen Aufgaben gehören:

1 Wählen: Die Abgeordneten im Landtag wählen mit absoluter Mehrheit (über die Hälfte der Abgeordneten muss zustimmen) den/die Ministerpräsidentin. Diese/r ist immer Mitglied der stärksten Fraktion und bildet als Chef/in daraufhin die Landesregierung. Da es sehr selten vorkommt, dass eine Partei mehr als 50% der Sitze erhält, ist dies meistens eine Koalitionsregierung aus 2-3 Parteien. Um diese Koalition zu bilden, führt die stärkste Fraktion „Sondierungsgespräche“ mit anderen Parteien, um Gemeinsamkeiten zu prüfen. Am Ende steht ein Koalitionsvertrag.

2 Gesetzgebung: Entscheidungen und Gesetze, die die Bürger speziell in NRW etwas angehen, werden hier getroffen. Der Landtag kümmert sich besonders um die Bereiche Polizei, Schule, Universitäten, Verkehr und Hörfunk/Fernsehen. Vorschläge für Gesetze (und häufig Gesetzesänderungen) können vom Landtag, von der Landesregierung und von den Bürgerinnen und Bürgern in NRW gemacht werden. Bevor ein Gesetz verabschiedet wird, dauert es in der Regel mehrere Monate. Zunächst wird es in den Fachausschüssen (z.B. Recht, Familie, Kinder und Jugend), den Fraktionen und deren Arbeitskreisen gründlich beraten. Das Parlament ist dann der Ort, an dem die Standpunkte zusammengefügt werden und an dem letztendlich entschieden wird. In den meisten Fällen ist eine einfache Mehrheit des Parlaments nötig, um ein Gesetz zu verabschieden. Wenn die Landesverfassung geändert werden soll, dann ist eine 2/3 Mehrheit erforderlich.

3 Den Landeshaushalt verabschieden:

Das Haushaltsgesetz wird jedes Jahr neu verabschiedet. Darin ist festgelegt, wofür im folgenden Jahr Geld ausgegeben werden soll und wo eingespart werden soll. Im Jahr 2017 beträgt der Landeshaushalt rund 72 Milliarden Euro.

4 Die Regierung und Verwaltung kontrollieren:

Die Abgeordneten kontrollieren die Landesregierung und die Landesverwaltung, zum Beispiel durch Anfragen oder Untersuchungsausschüsse. Da die Landesregierung gleichzeitig auch die Mehrheit der Abgeordneten im Landtag stellt (vgl. 1), übernimmt die Kontrollfunktion vor allem die Opposition.

Bearbeiterin

M5 Worüber entscheidet das Bundesland?

Landesweites
Azubi-Ticket kommt

*Immer weniger
Windräder in NRW
genehmigt*

Das Fach Informatik wird
für die Erprobungsstufe
in der G9 verpflichtend
eingeführt

Studiengebühren
in NRW wieder
abgeschafft

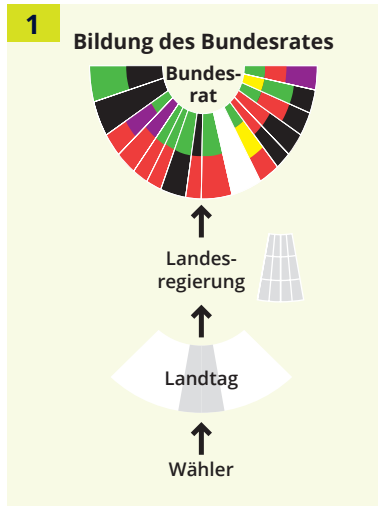
Radschnellwege in NRW
müssen schneller aus-
gebaut werden!

**Klimapaket der
Bundesregierung
im Bundesrat
ausgebremst!**

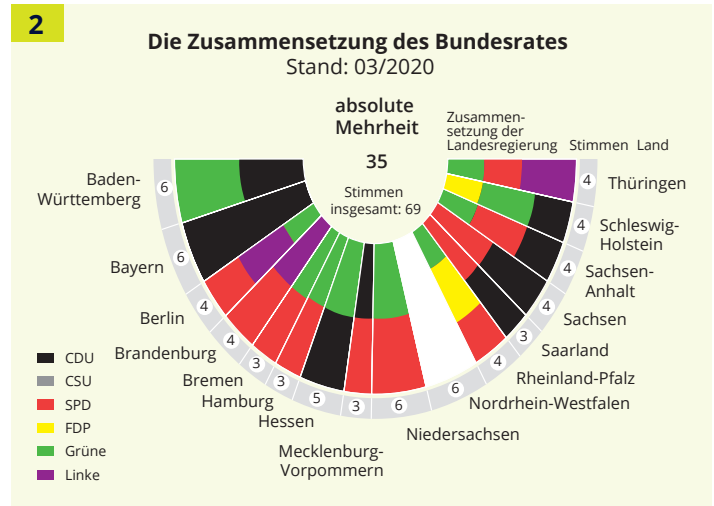
Bearbeiterin

M6 Neue Landesregierung in NRW, neuer Bundesrat!

Die Länder entscheiden über den Bundesrat auch bei „zustimmungspflichtigen“ (die Bundesländer betreffenden) Gesetzen des Bundes mit. Jedes der 16 Bundesländer hat gemäß seiner Einwohnerzahl eine bestimmte Anzahl an Stimmen im Bundesrat. NRW ist mit ca. 18 Millionen Einwohnern das bevölkerungsreichste Land und hat 6 Stimmen.



Bearbeiterin



AUFGABEN

- Lest **M2** und ordnet den folgenden Begriffen jeweils Sätze daraus zu: a) Legitimation (Anerkennung/Berechtigung) der Regierenden, b) Kontrolle, c) Konkurrenz, d) Repräsentation.
- Analysiert die Daten zur Wahlbeteiligung in **M3**.
 - Berechnet die Wahlbeteiligung der Juniorwahl (**M1**) mit Hilfe der Formel in der Randspalte auf S. xy.
 - Formuliert Vermutungen darüber, wie die Unterschiede bei der Wahlbeteiligung zwischen den Altersgruppen (**M3b**) und bei der Juniorwahl zu erklären sind.
- Erstellt ein Schaubild zu den Aufgaben des Landtages mit Hilfe der Informationen aus **M4** und **M5**.
- Bildet auf der Grundlage des Wahlergebnisses der Juniorwahl (**M1**) zwei mögliche Regierungskoalitionen für NRW. Erklärt die jeweiligen Auswirkungen auf den Bundesrat (**M6**).
- Formuliert (z. B. in Dreiergruppen) eine Stellungnahme der SV an die Schulleitung zur Durchführung der Juniorwahl auf Landesebene (**M1**). Bezieht dabei auch die Bedeutung der Landtagswahlen im Vergleich zu Bundestagswahlen mit ein.

F Aufgabe 3

Recherchiert nach aktuellen Entscheidungen der NRW-Landesregierung.

H Aufgabe 4

Weitere Informationen zum Bundesrat findet ihr in Kapitel 2 in **M25** **2**.

1.1.2 Am Sonntag ins Wahllokal: Ist das analoge Wahlverfahren überholt?

Zum Thema: Du hast die Wahl!“ Das klingt einfach, aber dennoch erscheint vielen das Wahlsystem in Deutschland kompliziert. Es funktioniert auch nicht genauso wie eine Wahl zwischen verschiedenen Smartphone-Modellen einfach per Mausklick im Internet oder an der Ladentheke. Das folgende Kapitel soll euch dabei helfen, das Verfahren einer Landtagswahl in NRW zu durchschauen und zu beurteilen, ob es in Zukunft „digitalisiert“ werden sollte.

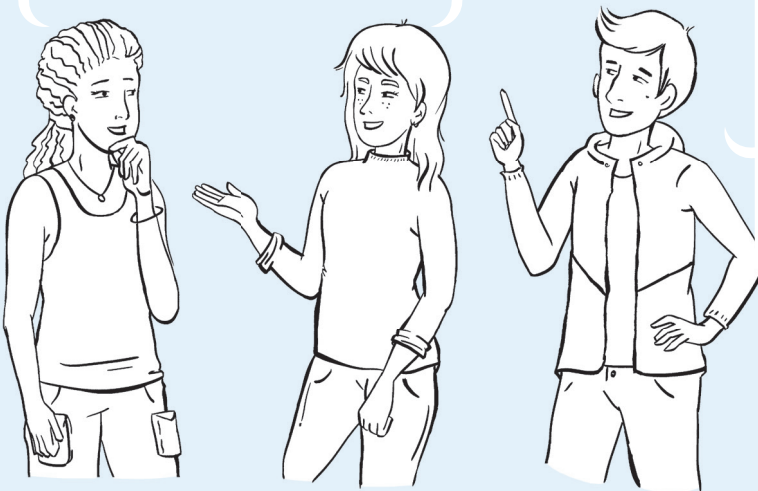
M7 Vorbereitung auf die Wahlsimulation

Die Schulleiterin hat sich von der SV überzeugen lassen und für die Teilnahme an der Juniorwahl „grünes Licht“ gegeben. Aufgrund der Raumnot an der Schule sieht sie das Problem, für ein paar Tage einen Raum als „Wahllokal“ zu belegen. An einer Lösung werde aber gearbeitet ...

Ein Wahllokal? Ist das nicht völlig veraltet? Sicherlich lässt sich der Wahlvorgang auch über das Internet simulieren! Ich verstehe gar nicht, warum es das noch nicht gibt. Papier, Bleistift und Wahlkabine, das ist doch Steinzeit...

Ja, genau! Wie wäre es mit einer Wahl-App! In der Schule fällt das WLAN-Netzwerk dauernd aus und Smartphones dürfen nicht benutzt werden. Aber mit der App könnten alle wählen wann sie wollen.

Soweit ich weiß, stellt der Veranstalter zwar keine App, aber auf Wunsch einen Wahlcomputer zur Verfügung. Dann könnten wir die Wahl papierfrei durchführen. Was spricht eigentlich dagegen?



EINSTIEGSAUFGABE

Sollten politische Wahlen auch über einen Wahlcomputer oder das Internet durchgeführt werden? Stimmt darüber ab und formuliert ein Spontanurteil.

M8 Wie wird der Landtag gewählt?

A Voraussetzungen und Durchführung der Wahl

Wählen darf, wer mindestens 18 Jahre alt ist, die deutsche Staatsangehörigkeit hat und mindestens seit dem 16. Tag vor der Wahl in NRW wohnt. Wählbar ist, wer darüber hinaus seit mindestens 3 Monaten in NRW wohnt. Am Wahltag dürfen die Bürgerinnen und Bürger in 128 Wahlkreisen in NRW zwischen 8 und 18 Uhr ihre Stimmen abgeben.

Wahltag ist in Deutschland immer ein Sonntag und damit ein für die meisten Bürger arbeitsfreier Tag. Unter Vorlage der Wahlbenachrichtigung oder des Personalausweises erhalten die Bürgerinnen und Bürger im Wahllokal einen Stimmzettel, den sie in einer Kabine ausfüllen, danach falten und anschließend in eine Wahlurne werfen.

Wer schon vor dem Wahltag wählen möchte, kann Briefwahlunterlagen anfordern. Ehrenamtliche Wahlhelferinnen und Wahlhelfer überwachen die Stimmabgabe, zählen am Abend die Stimmen aus und übermitteln das Ergebnis des Stimmbezirks an die Wahlkreisleitungen. Die Stimmzettel werden aufbewahrt und können bei Bedarf neu ausgezählt werden.

B Vom Stimmzettel zur Sitzverteilung

Jeder Wahlberechtigte hat zwei Stimmen. Mit der Erststimme wird ein Wahlkreiskandidat einer Partei gewählt. In den 128 Wahlkreisen in NRW wird je eine Person direkt gewählt. Gewählt ist, wer die meisten Stimmen erhält (einfache Mehrheit). Alle direkt gewählten Kandidaten ziehen in jedem Fall in den Landtag ein. Mit der Zweitstimme

wählt man eine Parteiliste. Maßgeblich für das Gesamtverhältnis der Parteien im Landtag ist die Zweitstimme. Nach der Wahl wird zuerst ermittelt, wie hoch der verhältnismäßige Anteil der Parteien an den abgegebenen gültigen Zweitstimmen ist. Nur Parteien, die mindestens 5% der Stimmen erhalten, kommen in den Landtag. Insgesamt sind 181 Sitze zu vergeben.

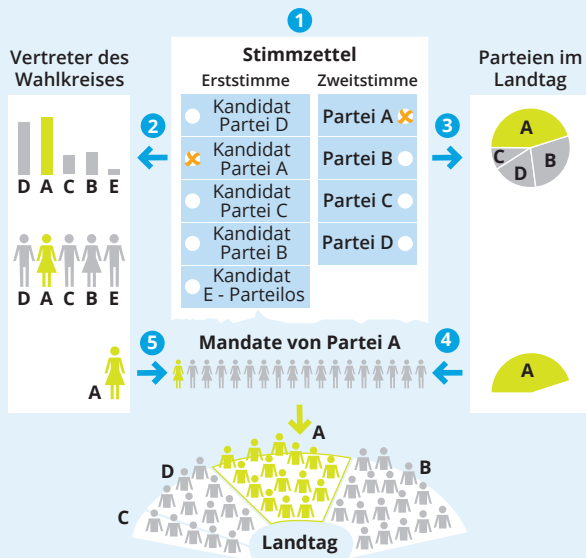
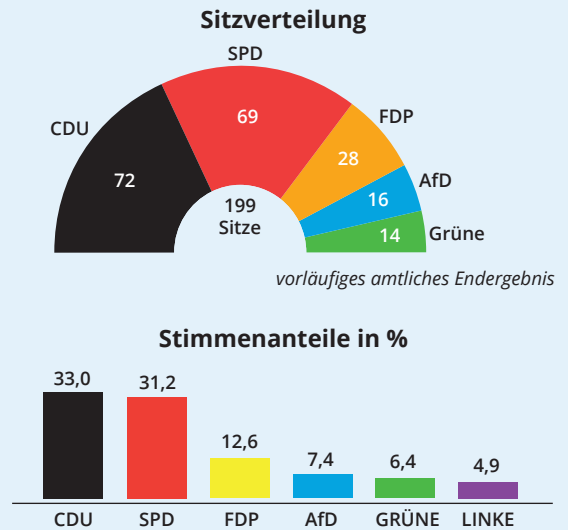
Um die Stimmenanteile der Parteien in Sitze umzuwandeln, wird ein mathematisches Verfahren angewendet. Wenn für eine Partei mehr Kandidaten in den Wahlkreisen direkt gewählt wurden als sie Sitze über die Zweitstimme erhalten hat, wird die Zahl der Abgeordneten erhöht. Diese zusätzlichen Sitze heißen „Überhangmandate“. Damit das über die Zweitstimme ermittelte Verhältnis der Parteien im Landtag dadurch nicht verändert wird, erhalten die anderen Parteien entsprechende „Ausgleichsmandate“. Dieses Wahlsystem wird auch bei Bundestagswahlen benutzt und „personalisiertes Verhältniswahlsystem“ genannt.

Grundgesetz Artikel 28

(1) In den Ländern, Kreisen und Gemeinden muss das Volk eine Vertretung haben, die aus allgemeinen, unmittelbaren, freien, gleichen und geheimen Wahlen hervorgegangen ist.

Sainte Laguë/Schepers-Verfahren

Das bei der Landtagswahl derzeit angewendete mathematische Verfahren, wie die Stimmenanteile der Parteien in Sitze umgewandelt werden können, wurde von den Herren Sainte Laguë und Schepers entwickelt.

C Grafik zum Wahlsystem**D** Beispiel: Ergebnis der Landtagswahl 2017**E** Wahlrechtsgrundsätze (nicht nur) für die Landtagswahl

Allgemein	Unmittelbar	Frei	Gleich	Geheim
Alle Bürger sind wahlberechtigt, soweit sie die allgemeinen Voraussetzungen dafür erfüllen. Keine Gruppe ist aus sozialen, politischen oder wirtschaftlichen Gründen von der Wahl ausgeschlossen.	Die Wählerstimmen werden direkt für die Zuteilung der Abgeordneten-sitze verwendet. Es gibt keine Zwischeninstanz wie z. B. Wahlfrauen oder -männer.	Die Stimme kann frei von staatlichem Zwang oder sonstiger unzulässiger Beeinflussung abgegeben werden.	Alle Wahlberechtigten haben gleich viele Stimmen zu vergeben. Alle Stimmen haben gleiches Gewicht.	Es darf nicht feststellbar sein, wie die einzelne Bürgerin bzw. der einzelne Bürger gewählt hat.

Bearbeiterin

M9 Elektronisches Wählen:
Welche Möglichkeiten gibt es schon?

Unter E-Voting wird allgemein die Möglichkeit verstanden, mit Hilfe von Informations- und Kommunikationstechnologie zumindest einen Teil des Wahlprozesses (z.B. Stimmabgabe und

Stimmenauszahlung) durchzuführen. Dabei kann zum Beispiel ein eigens konstruierter Wahlcomputer genutzt werden. I-Voting bezieht sich dagegen nur auf die Möglichkeit, über das Internet zu wählen. 10



Die USA sind weltweit Vorreiter beim E-Voting. Hier sind Menschen an Wahlcomputern bei einer Präsidentschaftswahl in den USA zu sehen.

In einigen Ländern wird die Möglichkeit des E- und I-Votings bereits genutzt. In Europa ist Estland bisher das einzige Land mit einem festen I-Voting-Angebot. In Frankreich, Norwegen und

der Schweiz wurden Verfahren getestet. Fest verankert sind Online-Wahl und Wahlcomputer in den USA und Australien.

20

In Deutschland wurde der Einsatz von Wahlcomputern bei der Bundestagswahl 2005 getestet. Danach hat das Bundesverfassungsgericht sie für verfassungswidrig erklärt und ihren Einsatz gestoppt.

25

Beanstandet wurde vor allem, dass durch die Wahlcomputer der Wahlvorgang nicht mehr für alle Bürgerinnen und Bürger vollständig durchschaubar und nachvollziehbar war. Damit sei die Einhaltung der Wahlrechtsgrundsätze nicht gesichert.

30

Bearbeiterin, auf Basis von: © 2015 Deutscher Bundestag, Online-Wahlen, www.bundestag.de, Abruf am 03.04.2020. Bearbeiterin,

M10 Bequem zu Hause vom Sofa: Ist E-Voting die Zukunft des Wählens?

Emre recherchiert im Internet, um Argumente für und gegen das E-Voting zu sammeln. Die Wichtigsten hat er zusammengefasst ...

1 Es gibt Sicherheitsrisiken wie Hackerangriffe, Stimmenkäufe und andere Manipulationen. Durch Einschleusen von Viren auf Computern von Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern könnten zum Beispiel deren Stimmen geändert werden. So könnten Wahlen im großen Stil manipuliert werden – von Kriminellen, ausländischen Geheimdiensten oder auch Firmen.

2 Umfragen haben ergeben, dass besonders junge Wählerinnen und Wähler gerne online ihre Stimme abgeben würden. Dadurch ließe sich ihre Wahlbeteiligung erhöhen und diese Altersgruppen wären besser repräsentiert.

3 In Estland hat sich herausgestellt, dass eine Partei durch das Angebot des I-Voting im Verhältnis mehr Wählerinnen und Wähler mobilisieren konnte als die anderen. Dadurch konnte die Partei eine Regierungsmehrheit erlangen.

4 Beim I-Voting kann die Privatsphäre der Wählerinnen und Wähler im Umfeld des Computers nicht garantiert werden, ebenso wenig ist ausgeschlossen, dass jemand anders im Namen des Wahlberechtigten wählt oder dieser zu einer bestimmten Wahl gedrängt wird.

5 Kein System ist absolut sicher. Insbesondere bei der Briefwahl (und die wird immer häufiger) gab es schon mehrere Fälle von Wahlfälschung. Das geschieht beispielsweise durch Entwenden der per Post verschickten Couverts mit den Wahl- und Abstimmungszetteln und anschließendem Abstimmen mit gefälschter Unterschrift im Namen der bestohlenen Person.

Bearbeiterin

AUFGABEN

1. Informiert euch in **M8 (A + B)** über das Wahlsystem für den Landtag in NRW.
 - a) Erläutert die Grafik zum Wahlsystem in **M8 C**.
 - b) Erklärt, warum im Beispiel-Wahlergebnis **M8 D** 199 Sitze vergeben wurden.
2. Vergleicht das offizielle Wahlergebnis von 2017 (**M8 D**) mit dem der Juniorwahl (**M1**, S. xy).
3. Die sogenannte 5%-Hürde (**M8 B**) wird manchmal kritisiert, weil sie gegen einen Wahlrechtsgrundsatz verstoßen würde. Ermittelt (mit Hilfe von **M8 E**) um welchen es sich dabei handelt.
4. Arbeitet in Kleingruppen und erstellt einen Beitrag für den Infokanal „Deine Tägliche Dosis Politik“ der Bundeszentrale für politische Bildung, in dem ihr das Wichtigste zur Landtagswahl zusammenfasst. Informiert euch zunächst über die Form der Beiträge und formuliert dann euren Beitrag entsprechend.
5. Lest **M9** und prüft (mit Hilfe von **M8 E**) welche Wahlrechtsgrundsätze durch E-Voting verletzt werden können. Folgende Tabelle kann eure Prüfung strukturieren

Aussage in M9	Bezug zu Wahlrechtsgrundsatz? Falls ja, welche/r?	Verletzt? Ja/nein, weil ...

6. Diskutiert, ob politische Wahlen auch über das Internet durchgeführt werden sollten, indem ihr
 - a) einzeln die Argumente in **M10** lest und um weitere ergänzt,
 - b) mit Hilfe des Operatoren-Trainings (S. xy) die Diskussion vorbereitet und durchführt.

H Aufgabe 4
Infokanal der Bundes-
zentrale für politische
Bildung



Mediencode:
71077-xy

1.1.3 Demonstrieren: ja, wählen: nein! Sollten auch 16-jährige an Landtagswahlen teilnehmen dürfen?

Zum Thema: Die Fridays for Future-Bewegung hat nicht nur den Klimawandel als Problem in das Bewusstsein vieler gebracht, sondern auch eine langjährige Debatte um das Wahlalter wieder neu entfacht. Einige Parteien und Interessengruppen sind der Meinung, dass die unter 18-Jährigen deutlich zeigen, dass sie politisch interessiert und kompetent genug sind, um an allen Wahlen teilzunehmen. Andere halten am Wahlalter mit 18 fest. Im Folgenden geht es um das Für und Wider eines Gesetzesvorschlags, das Wahlalter in NRW zu senken.

M11 Die Wählerinnen und Wähler von morgen?



Schülerinnen und Schüler bei einer „Fridays for Future“-Demonstration in Köln im Herbst 2019

EINSTIEGSAUFGABEN

1. Beschreibt die auf dem Bild dargestellte Situation.
2. Formuliert Vermutungen, welche Forderung sich mit der Plakataufschrift „Wir sind die Wähler von morgen und ihr die Verantwortlichen von heute!“ verbinden könnte.
3. Sollten auch Jugendliche unter 18 an allen Wahlen teilnehmen dürfen? Führt ein Blitzlicht dazu durch. Notiert dabei die Anzahl der Befürworter, der Gegner und der Unentschiedenen.

M12 Voraussetzungen für die Ausübung des Wahlrechts

Wahlberechtigte müssen in der Lage sein, selbstständig eine überlegte Entscheidung zu treffen. Deshalb wird ein bestimmtes Wahlalter festgelegt. Das allgemeine Wahlalter ist in Deutschland im Grundgesetz (Artikel 38) auf 18 Jahre (Alter der Volljährigkeit) festgelegt. Diese Altersgrenze gilt sowohl für das aktive Wahlrecht (selbst wählen zu dürfen) als auch für das passive Wahlrecht (kandidieren und gewählt werden zu können). Neben dem Wahlrecht gilt die Volljährigkeitsgrenze in Deutschland auch für die Geschäftsfähigkeit die Fahrerlaubnis für Pkw sowie die volle Strafmündigkeit. In besonderen Fällen wie Entmündigung oder gerichtlicher Aberkennung nach schweren Straftaten kann einer Bürgerin oder einem Bürger das aktive und passive Wahlrecht entzogen werden. Analphabeten oder Personen, die wegen einer körperlichen Behinderung den Stimmzettel nicht selbst ausfüllen können, dürfen sich von einer

anderen Person helfen lassen. Eine weitere Voraussetzung für die Ausübung des Wahlrechts ist die deutsche Staatsbürgerschaft. In einigen Bundesländern gibt es in den Landesverfassungen besondere Regelungen. In NRW (genauso wie in neun weiteren Bundesländern) dürfen Jugendliche bereits ab 16 an Kommunalwahlen teilnehmen, in Brandenburg, Schleswig-Holstein und Bremen auch an Landtagswahlen. In allen Bundesländern dürfen EU-Bürgerinnen und Bürger, die in Deutschland leben, an Kommunalwahlen und Europawahlen teilnehmen.

Bearbeiterin



M13 Umfrageergebnisse zur Absenkung des Wahlalters

Die Forderung nach einem Wahlalter ab 16 gibt es auch auf der Bundesebene schon lange. Das Meinungsforschungsinstitut Allensbach hat 716 Personen die folgende Frage gestellt: Fänden Sie es besser, wenn junge Menschen schon ab 16 Jahren an Bundestagswahlen teilnehmen dürften, oder sollte es bei 18 Jahren bleiben?

Bundestagswahlen: Teilnahme schon ab 16?

Angaben in Prozent

	Gesamt	Männer	Frauen	16-17 Jahre	16-29 Jahre	30-44 Jahre	45-59 Jahre	60 Jahre und älter
Fänden 16 Jahre besser	13,4	12,9	13,8	52,4	23,0	14,2	13,1	7,9
Sollte bei 18 bleiben	79,1	80,6	77,6	33,1	65,6	77,8	79,3	87,0
Unentschieden, keine Angabe	7,5	6,4	8,5	14,5	11,4	8,0	7,6	5,1

Bearbeiterin, auf Basis von: Robert Vehrkamp, Niklas Im Winkel und Laura Konzelmann, Wählen ab 16. Ein Beitrag zur nachhaltigen Steigerung der Wahlbeteiligung, www.bertelsmann-stiftung.de, Abruf am 03.04.2020

M14 Welche politischen Beteiligungsmöglichkeiten gibt es für Jugendliche (nicht nur) im Bundesland?

→ parlamentarische

1 Wahlen: In NRW dürfen Jugendliche ab 16 an Kommunalwahlen teilnehmen.

2 Landesverband der Jugendorganisation einer Partei: Jeder kann sich anschließen und sich organisiert für die Interessen junger Menschen einsetzen.

4 Kontakt zu einem Landtagsabgeordneten aufnehmen: z.B. in einer Bürgersprechstunde oder per Email.

5 ?

6 Jugendlandtag: Einmal im Jahr „vertreten“ Jugendliche die Landtagsabgeordneten für drei Tage. Ihre Beschlüsse bekommen die realen Abgeordneten zur Kenntnis.

8 (Online) Petition: Alle Bürger (auch Kinder) haben das Recht, sich mit einer Petition (Bitte oder Beschwerde) an den Landtag NRW zu wenden. Der Petitionsausschuss muss über die Angelegenheit beraten.

12 Volksbegehren und Volksentscheid: Bürger können in bestimmten Sachfragen direkt an der Gesetzgebung teilnehmen. Für ein Volksbegehren braucht man die Unterschriften von 8% der Wahlberechtigten (ca. 1 Million Bürgerinnen und Bürger). Zu einem Volksentscheid kommt es, wenn der Landtag dem Volksbegehren nicht entsprochen hat.

→ offene

3 Demonstrationen und Kundgebungen: Jeder hat das Recht an einer Demonstration teilzunehmen und seine politischen Forderungen öffentlich zu machen.

7 Flashmobs: Eine Gruppe von (fremden) Menschen verabredet sich meistens über soziale Medien zu einer kurzzeitigen Aktion. Häufig wird diese gefilmt und ins Internet gestellt

9 Flugblätter/Flyer: Jede/r hat das Recht seine Meinung und/oder Forderung auf selbstgedruckten Papieren zu verbreiten.

10 Im Web 2.0 veröffentlichten (Blogs, Twitter, Facebook, YouTube, ...)

11 ?

13 Jugendvereine und -verbände: Mitgestalten lässt sich auch in Umweltverbänden, Sportvereinen etc.

14 Gespräche u. Diskussionen: Einmischen kann man sich sowohl in privaten Gesprächsrunden als auch in öffentlichen (z. B. Podiumsdiskussionen)

15 Leserbrief, Hörerbeiträge, Zuschauerbeiträge: Alle Massenmedien bieten die Möglichkeit der Teilnahme und damit sich an eine größere Öffentlichkeit zu wenden.

M15 Wählen ab 16 – Fallstudien Hamburg und Österreich

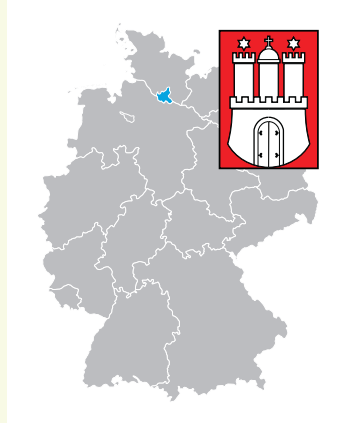
Um die Folgen einer Wahlrechtsänderung besser abzuschätzen und ein Urteil oder eine Entscheidung besser abzusichern, ist es nützlich, Erfahrungen anderer Länder mit einzubeziehen. Die Bertelsmann Stiftung hat u. a. Hamburg und Österreich in einer Studie näher untersucht:

Fall Hamburg

- Drittes deutsches Bundesland, in dem Jugendliche ab 16 Jahren an den Landtagswahlen teilnehmen dürfen.
- Anteil der 16- und 17-Jährigen Wählerinnen und Wähler an den Wahlberechtigten: ca. 2,1 Prozent.
- Einführung der Wahlberechtigung für Wähler ab 16 Jahren: 2013

Wahlbeteiligung

52,1 Prozent der 16 und 17-jährigen haben an der Bürgerschaftswahl 2015 teilgenommen. Ihre Quote lag damit leicht unterhalb des Durchschnitts von 57,7 Prozent. Im Vergleich zu den nachfolgenden Altersgruppen beteiligten sie sich jedoch deutlich häufiger: Der Anteil der Wählerinnen und



Wähler ist bei den 18- bis 24-Jährigen mit 42,3 Prozent um fast ein Viertel geringer.

Einflussfaktoren auf das Wählen

Gingen die Eltern zur Wahl, nahmen 80,6 Prozent der befragten 16- bis 21-Jährigen ebenfalls teil. Waren die Eltern Nichtwähler, beteiligten sich

lediglich 16,1 Prozent. Gingen die Freunde wählen, beteiligten sich 76,3 Prozent der Befragten, nahmen sie nicht an der Bürgerschaftswahl teil, sank die Quote auf 26,8 Prozent.

Fall Österreich

- Einziges Land in der Europäischen Union, in dem Jugendliche Wählerinnen und Wähler ab 16 Jahren an allen Wahlen teilnehmen dürfen.
- Anteil der 16- und 17-Jährigen Wählerinnen und Wähler an den Wahlberechtigten: ca. 2,5 Prozent
- Einführung des Wahlrechts ab 16 Jahren: 2007



Wahlbeteiligung

Nach den Wahlen im Jahr 2013 gaben 63 Prozent der 16- und 17-Jährigen an, ihre Stimme abgegeben zu haben. Dieser Wert liegt einerseits unter der

erhobenen Durchschnittsbeteiligung von 80 Prozent, andererseits aber über dem Wert für die 18- bis 20-Jährigen, von denen nur 59 Prozent angaben, zur Wahl gegangen zu sein.

Begleitende politische Bildung

„Wählen ab 16“ ist kein Selbstläufer. Nur wenn es durch Aktivierungsmaßnahmen für die Jugendlichen begleitet wird, erhöht es die Erstwahlbeteiligung. Gelingt das, ist „Wählen ab 16“ ein Beitrag zur langfristigen Steigerung der Gesamtwahlbeteiligung. In

Österreich fanden vor den Nationalratswahlen vorbereitende politische Aktionen, überwiegend in der Schule und integriert in den Unterricht statt. Jugendliche, die dabei mitgemacht hatten, entwickelten ein höheres politisches Interesse und nahmen in höherem Maße an den Wahlen teil.

Bearbeiterin, auf Basis von: Robert Vehrkamp, Niklas Im Winkel und Laura Konzelmann, Wählen ab 16 Ein Beitrag zur nachhaltigen Steigerung der Wahlbeteiligung, www.bertelsmann-stiftung.de, Abruf am 03.04.2020

AUFGABEN

1. Lest **M12** und prüft die folgenden Aussagen auf ihre Richtigkeit. Korrigiert sie bei Bedarf:
 - a) In Deutschland ist das Wahlalter einheitlich bei 18 Jahren festgelegt.
 - b) Personen, die nicht lesen und schreiben können, haben ein Wahlrecht.
 - c) An Landtagswahlen dürfen auch EU-Bürgerinnen und Bürger ohne deutsche Staatsbürgerschaft teilnehmen.
2. Wertet die Umfrageergebnisse in **M13** mit Hilfe der Methode (S. xy) aus. Vergleicht sie mit euren Ergebnissen aus der Einstiegsaufgabe (S. xy).
3. Informiert euch in **M14** über weitere politische Beteiligungsmöglichkeiten.
 - a) Recherchiert (arbeitsteilig) die genaue Bedeutung und Beispiele für euch unbekannte Beteiligungsformen.
 - b) Erläutert den Unterschied zwischen parlamentarischen und offenen Formen.
 - c) Wählt drei Beteiligungsmöglichkeiten aus, die ihr für besonders wirksam haltet und begründet eure Wahl.
4. Arbeitet zu zweit und lest entweder den „Fall Hamburg“ oder den „Fall Österreich“ (**M15**).
 - a) Vergleicht die Fälle mit Hilfe der Operatorenkarte auf Seite xy.
 - b) Formuliert jeweils ein Argument für und gegen eine Absenkung des Wahlalters in NRW, das ihr mit den Ergebnissen der Studie untermauert.
5. Simuliert eine Anhörung im Landtagsausschuss zur Kapitelfrage mit Hilfe der nachfolgenden Methodenkarte.

H Aufgabe 3 Politische Beteiligung: Recherchetipps



Mediencode: 71077-XY

H Aufgabe 4b Verschiedene Positionen zum Wahlalter ab 16 im Video



Mediencode: 71077-xy

H Aufgabe 5 Die Methodenkarte auf S. xy kann euch helfen, ein Urteil zu bilden.

Simulation einer Anhörung: Soll das Wahlalter für Landtagswahlen in NRW auf 16 Jahre gesenkt werden?

I. Worum geht es?

Ein Gesetzentwurf der SPD-Landtagsfraktion sieht vor, Art. 31 der Verfassung für das Land NRW zu ändern und das Wahlalter auf 16 Jahre abzusenken. Begründet wird der Entwurf unter anderem mit der politischen Beteiligung der jungen Generation an den Fridays for Future-Demonstrationen, dem gestiegenen politischen Interesse sowie einer früher eintretenden Reife. Bevor über den Gesetzentwurf abgestimmt wird, findet eine öffentliche Anhörung im Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend statt, bei der sich Sachverständige zum Für und Wider des Vorschlags äußern sollen. Neben Experten aus der Wissenschaft sollen auch Vertreter der Jugendbewegung Fridays for Future und der Landesschülervertretung NRW gehört werden. Entscheiden müssen am Ende aber die Abgeordneten des Landtages: Welche Argumente überzeugen sie, welche nicht?

Art. 31 Landesverfassung NRW



Mediencode: 71077-xy

II. Geht dabei so vor:

1. Schritt: Gruppen- und Rollenaufteilung

- a) Teilt die Klasse in fünf gleich große Gruppen und ein Zweierteam auf.
- b) Wählt pro Gruppe eine der untenstehenden Rollen aus. Das Zweierteam übernimmt die Rolle des Ausschussvorsitzenden.



2. Schritt: Vorbereitung mit Hilfe der Rollenkarten

- a) Versetzt euch in die vorgegebene Rolle, indem ihr die nachfolgenden Rollenkarten genau lest und offene Fragen klärt. Überlegt, mit welchen weiteren Argumenten ihr die Rolle ausbauen könnt. Nutzt dabei auch euer bisher erworbenes Wissen.
- b) Formuliert und übt eure Stellungnahme, so dass ihr sie in der Anhörung überzeugend vortragen könnt.
- c) Wählt ein Gruppenmitglied aus, das die Rolle übernimmt.

1 Leon(ie)Schwarz(Ausschussvorsitzende/r)

Du hast als Vorsitzende/r die Aufgabe die Anhörung zu moderieren. Das bedeutet, dass du die Anwesenden begrüßt und kurz erläuterst, worum es geht und warum die Anhörung stattfindet. Danach rufst du die geladenen Sachverständigen nacheinander dazu auf, ihre Positionen vorzutragen.

Am Ende jeder Stellungnahme können Fragen gestellt werden. Du schließt die Anhörung, indem du dich bei den Teilnehmern bedankst und auf die anstehende Entscheidung im Landtag hinweist. Zur Vorbereitung liest du alle Rollenkarten und legst die Reihenfolge der Sprecherinnen und Sprecher fest.

2 Prof. Dr. Gabriel(a) Becker-Sassarini (Politikwissenschaftler/in)

Du befürwortest eine Absenkung des Wahlalters, weil sie dafür sorgt, dass die Interessen der jüngeren Generation in der Politik mehr Gehör finden. In einer alternden Gesellschaft haben die älteren Bevölkerungsgruppen mehr Gewicht und die jüngeren sind stark unterrepräsentiert. Selbst bei einem Wahlalter ab 16 hätte die Gruppe der 16- bis 24-jährigen nur einen Wähleranteil von 11,1 Prozent.

Die Gruppe der Wähler, die 65 Jahre oder älter sind, wäre mit 24,7 Prozent immer noch mehr als doppelt so groß. Das Thema „Klimaschutz“ verdeutlicht, dass die Älteren die Interessen der Jüngeren längst nicht immer mitberücksichtigen. Da wäre ein früheres Wahlrecht ein Schritt zu mehr Generationengerechtigkeit. Hier könnten die Länder gut eine Vorreiterrolle übernehmen.

3 Dr. Viktor(ia) Ullgau (Jurist/in)

Du vertrittst die Position, dass das Wahlalter untrennbar mit der Volljährigkeit verknüpft bleiben sollte. Eine Festsetzung auf 16 Jahre wäre willkürlich und nicht sachlich begründbar, genauso könnte man auch 14, 15 oder 17 Jahre festlegen. Das „richtige“ Wahlalter ist immer dann, wenn eine politische Urteilsfähigkeit vorhanden ist und das ist bei jedem Menschen verschieden. Mit 18 ist die Wahrscheinlichkeit höher, dass genug Urteilsfähigkeit

vorhanden ist. Du siehst die Gefahr, dass Jugendliche radikale Parteien wählen und das würde unserer Demokratie schaden. Wenn argumentiert wird, dass Jugendliche heute mit 16 so reif wie früher mit 18 seien, dann müssten auch das passive Wahlalter und das Alter der vollen Geschäftsfähigkeit gesenkt werden. Das will man aber (mit Recht) nicht und daher sollte auch auf eine Änderung des Art. 31 der Landesverfassung verzichtet werden.

4 Dario(a) Wirtz (Landesschülervertretung NRW)

Du bist als Landesschülervertreter(in) der Auffassung, dass die deutlich sichtbare politische Position der Jugendlichen, die freitags für den Klimaschutz auf die Straße gehen, noch nicht genügend Einfluss hat. Erst durch eine Senkung des Wahlalters würde die Möglichkeit eröffnet, unmittelbar Einfluss auf die Politik zu nehmen. So würden auch die Jugendlichen insgesamt motiviert, sich in der Breite politisch zu engagieren. Wenn Schülerinnen und Schüler bei

Wahlen selbst eine Stimme hätten, würde auch das Interesse am Politikunterricht steigen. Es lässt sich deiner Auffassung nach aber jetzt schon erkennen, dass bereits 14-jährige die nötige Urteilsfähigkeit besitzen, um an Wahlen teilzunehmen. Aus diesem Grund fordert die Landesschülervertretung NRW eine Absenkung des passiven und aktiven Wahlalters in NRW (sowie auf Bundes- und Europaebene) auf das vollendete 14. Lebensjahr.

5 Dr. Philipp(a) Juhasz (Bildungsexpertin)

Einem Wahlrecht ab 16 stehst du skeptisch gegenüber. Die Jugendlichen, die jetzt für den Klimaschutz aktiv sind, demonstrieren in den Augen der Antragsteller für „das Richtige“. Aber würde man auch ihr Wahlrecht fordern, wenn sie mit Hassparolen gegen Geflüchtete auf die Straße gingen? Politische Mitwirkung ist zudem nicht an das Wahlrecht gebunden. Die Aktivistinnen und Aktivisten der Fridays for Future-Bewegung beweisen das. Sie haben es geschafft, auf

diesem Weg das Thema Klimaschutz ganz nach vorne zu bringen. Es handelt sich aber um eine eher kleine Gruppe von meistens Gymnasiasten. Viele andere Jugendliche haben kaum Interesse an Politik und wissen nicht viel über ihre Beteiligungsmöglichkeiten. Du sprichst dich dafür aus, die Zeit bis zur Volljährigkeit für intensive politische Bildung zu nutzen und dabei möglichst viele politische Handlungsmöglichkeiten kennen zu lernen und auszuprobieren.

6 Kora(y) Yücel (Fridays for Future)

Du sprichst dich für eine Absenkung des allgemeinen Wahlalters auf mindestens 16 Jahre aus. Die Klimapolitik zeigt für dich, dass Politikerinnen und Politiker oft nicht im Interesse von Jugendlichen entscheiden. Außerdem ist es für dich auch nicht logisch, dass Jugendliche bei Kommunalwahlen bereits mit 16 Jahren wählen dürfen, jedoch bei Landtagswahlen nicht. Du bist darüber hinaus der Meinung,

dass ein früheres Wahlrecht auch das Interesse Jugendlicher an Politik und politischer Bildung steigern würde. Denn wer wählen darf, den betrifft eine bevorstehende Wahl auch persönlich. Juniorwahlen zeigen, dass Jugendliche kein „radikales“ Wahlverhalten haben. Durch ein Wahlalter 16 könnte auch die Wahlbeteiligung gesteigert und damit die Demokratie gestärkt werden.

**3. Schritt: Durchführung der Anhörung**

- a) Die oder der Ausschussvorsitzende eröffnet, moderiert und beendet die Anhörung.
- b) Verteilt die untenstehenden Fragen unter den Beobachterinnen und Beobachtern. Notiert Pro- und Kontra-Argumente aus den Stellungnahmen, die Antworten auf die folgenden Fragen geben:
 1. Haben 16- und 17-jährige genug politische Urteilsfähigkeit?
 2. Würde eine Absenkung des Wahlalters die Demokratie stärken oder gefährden?
 3. Ist die Absenkung des Wahlalters mit geltendem Recht vereinbar?

**4. Schritt: Auswertung der Anhörung mit Hilfe der Beobachtungsaufträge und Vorbereitung einer Entscheidung**

- a) Vergleicht und prüft die Ergebnisse der Beobachtungsaufträge.
- b) Bildet euch ein Urteil zur Entscheidungsfrage mit Hilfe der Methodenkarte auf S. xy.
- c) Stimmt nochmals über die Entscheidungsfrage ab und formuliert eure Urteilsbegründungen.

1.2 Mit (digitalen) Medien in der Demokratie mitwirken

1.2.1 Ermöglichen oder beherrschen die Medien die Meinungsbildung?

Zum Thema: „Ohne Medien ist Demokratie nicht machbar“, heißt es. Wie sollten die Bürgerinnen und Bürger auch sonst an vielfältige Informationen gelangen, um sich möglichst eigenständig Urteile zu bilden und Wahlentscheidungen zu treffen? Andererseits haben Medien viel Macht die Meinungen zu beeinflussen. Im Folgenden geht es um die Aufgaben von Medien im demokratischen System und um die Bedingungen, unter denen sie ihre Aufgaben erfüllen können.

M16 Sollte die AG „Action for Future“ den neuen Medienraum unterstützen?

Mias Schule hat sich entschieden, ihren Schülerinnen und Schülern die Teilnahme an den bald stattfindenden Wahlen im Rahmen des Projektes „Juniorwahl“ zu ermöglichen. Im Vorfeld der Juniorwahlen plant eine kleine Arbeitsgruppe von Lehrerinnen und Lehrern, einen „Medienraum“ einzurichten, damit alle Schülerinnen und Schüler sich gut auf ihre Wahlentscheidung bei der Juniorwahl vorbereiten können. Die von der SV gegründete AG „Action for Future“, der auch Mia angehört, ist gefragt worden, ob sie das Angebot eines „Medienraumes“ unterstützen und bewerben wollen. Das Konzeptpapier der Lehrerinnen und Lehrer sieht wie folgt aus:

Konzeptpapier der Arbeitsgruppe „Medienraum“

Hintergrund: Schülerinnen und Schüler sind „Wahlanfänger“, die es zu schützen gilt. Die tägliche Medienflut überfordert die Schülerinnen und Schüler ungemein. Die Schule soll mit Hilfe eines „Medienraumes“ sicherstellen, dass das demokratische Bewusstsein der Schülerinnen und Schüler durch geprüfte Qualitätsmedien gestärkt und keine Zeit verschwendet wird.

Maßnahmen: Die Arbeitsgruppe der Lehrerinnen und Lehrer ...

- wählt Zeitungen, Zeitschriften und einige geprüfte Web-Seiten aus, die den Schülerinnen und Schülern

im Medienraum zur Verfügung gestellt werden.

- sortiert positive Berichte von und über radikale und extreme Parteien aus. Diese sollen für die Schülerinnen und Schüler nicht zugänglich sein.
- zeigt dreimal am Tag eine extra ausgewählte Nachrichtensendung. Die Lehrer begründen dies damit, dass man sich in der Medienflut als „Wahlanfänger“ sonst kaum zurechtfinden könne. Außerdem solle sichergestellt werden, dass das demokratische Bewusstsein der Schülerinnen und Schüler durch geprüfte Qualitätsmedien gestärkt und keine Zeit verschwendet wird.

Bearbeiterin

EINSTIEGSAUFGABE

Versetzt euch in die Situation der Mitglieder der AG „Action for Future“. Diskutiert, ob ihr den neuen Medienraum unterstützen wollt oder nicht. Tragt Argumente dafür und dagegen zusammen und stimmt zum Schluss darüber ab.

M17 Freie und vielfältige Medien – Grundlage der Demokratie

Medien sind ein zentraler Baustein einer Demokratie. Die Freiheit der Meinungsäußerung und die Möglichkeit an die Öffentlichkeit zu gehen, bilden eine zentrale Voraussetzung für politische Beteiligung. Sie ist als Grundrecht in der Verfassung (Artikel 5) verankert. Die Qualität einer Demokratie wird unter anderem daran gemessen, wie frei die Presse und die Medien in ihr handeln können. Ebenso wichtig ist ein vielfältiges Medienangebot, das viele unterschiedliche Interessen und Standpunkte widerspiegelt. Durch unabhängige Medien erfahren die Politiker, welche Probleme die Bürger beschäftigen. Durch sie erfährt die Bevölkerung wiederum, welche Entscheidungen von Parlament

und Regierung getroffen werden. Die Medien erst machen diese Fragen und die Diskussion über sie öffentlich. Mit Öffentlichkeit ist gemeint, dass jeder Zutritt hat und sich jeder an der Diskussion beteiligen kann. In Deutschland wird immer wieder von den Medien als „vierte Gewalt“ gesprochen, weil sie die Exekutive, Legislative und Judikative beobachten, Kritik üben und kontrollieren. Neben den Aufgaben der Unterhaltung und Bildung haben Medien insbesondere die folgenden vier Funktionen in demokratischen Systemen:

Medien

Das Wort Medien stammt vom lateinischen Wort „medium“ und bedeutet „Vermittler“. Mit Hilfe der Medien werden Nachrichten und Informationen übermittelt und verbreitet. Weil sich auf diese Weise sehr viele Menschen informieren können, werden Zeitungen, Zeitschriften, Bücher, Rundfunksender und Internet oft auch als Massenmedien bezeichnet.

1 Informationsfunktion

Die Massenmedien sollen so vollständig, sachlich und verständlich wie möglich informieren, damit ihre Nutzerinnen und Nutzer in der Lage sind, das öffentliche Geschehen zu verfolgen. [...] Wir als Einzelne und die vielfältigen Gruppen, die in dieser Gesellschaft bestehen, sind darauf angewiesen, miteinander ins Gespräch gebracht zu werden – dafür sollen die Massenmedien sorgen. [...]

3 Meinungsbildungsfunktion

Bei der Meinungsbildung fällt den Massenmedien ebenfalls eine bedeutsame Rolle zu. Dies ergibt sich aus der Überzeugung, in der Demokratie sei allen am meisten damit gedient, wenn Fragen von öffentlichem Interesse in freier und offener Diskussion erörtert werden. Es besteht dann die Hoffnung, dass im Kampf der Meinungen das Vernünftige die Chance hat, sich durchzusetzen. [...]

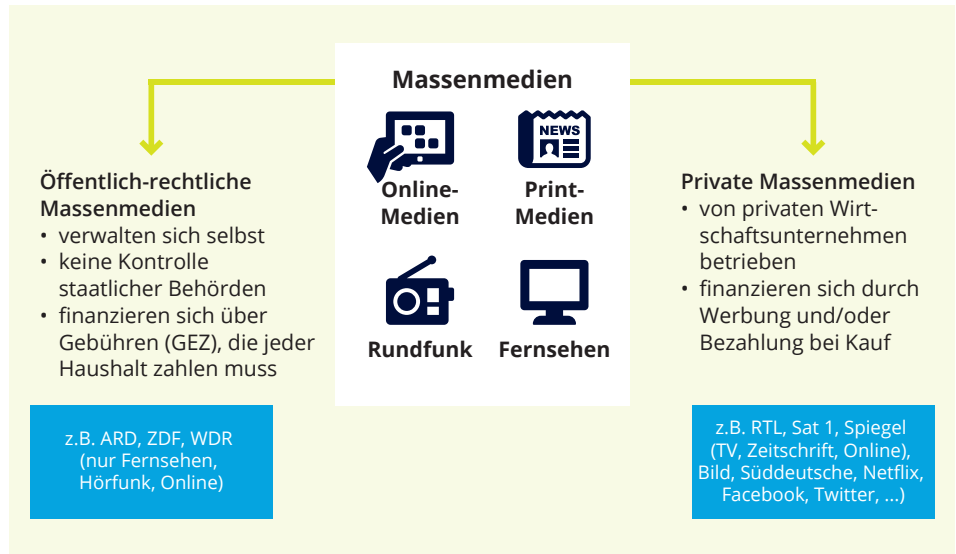
2 Kritik- und Kontrollfunktion

Im parlamentarischen Regierungssystem obliegt in erster Linie der Opposition die Aufgabe der Kritik und Kontrolle. Diese wird unterstützt und ergänzt durch die Kritik- und Kontrollfunktion der Medien. Ohne Presse, Hörfunk und Fernsehen, die Missstände aufspüren und durch ihre Berichte unter anderem parlamentarische Anfragen und Untersuchungsausschüsse anregen, liefe die Demokratie Gefahr, der Korruption oder der bürokratischen Willkür zu erliegen. [...]

4 Thematisierungsfunktion

Diese „agenda setting function“, wie sie in den USA heißt, bedeutet, dass diejenigen, die die unterschiedlichen Medien lesen, hören und sehen, genau die Themen für wichtig halten, die darin behandelt werden. Die Medien sind jedoch nicht nur verantwortlich, welche Themen auf der Tagesordnung stehen, sondern auch, in welcher Rangfolge der Dringlichkeit sie behandelt werden.

M18 Welche Medien für politische Information und Beteiligung lassen sich unterscheiden?



Bearbeiterin

M19 Fallbeispiele: Erfüllen die Medien ihre Aufgaben?

1 Ein Verteidigungsminister erklärt seinen Rücktritt

„Dr. Unglaublich zu Gutenberg“ war einer unter vielen Medientiteln für den ehemaligen Verteidigungsminister. Nachdem herausgekommen war, dass er große Teile seiner juristischen Doktorarbeit aus Zeitungen und Vorträgen abgeschrieben hatte, gab es ein großes Medienecho. Es wurde nicht nur über den Betrugsfall seiner Doktorarbeit berichtet, sondern seine Glaubwürdigkeit als Politiker in Frage gestellt. Er trat in der Folge als Verteidigungsminister zurück.



Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) war Bundesminister der Verteidigung von 2009 bis 2011.

2 Python-Schlange statt Buschfeuer

Nach einem Brandwochenende Anfang Januar 2020 in Australien druckte die „Courier-Mail“ eine Geschichte rund um den Schulanfang im Februar auf die Titelseite. Einen Tag später wurde anschaulich über eine Python-Schlange berichtet, die ein Haustier verspeiste, obwohl es nach wie vor im Land brannte und Melbourne unter einer dicken Rauchwolke verschwand. Zudem gab es viele Proteste von Bürgerinnen und Bürgern auf den Straßen gegen die Regierung, die keinen Zusammenhang zwischen den Buschfeuern und dem Menschen gemachten Klimawandel sieht.



Anfang 2020 wütete in weiten Teilen Australiens unkontrollierbare Buschfeuer.

3 Hauptnachrichten aus Peking

In China gibt es einen nationalen Staatsfernsehsender CCTV, der über rund 20 Kanäle verfügt. Er finanziert sich größtenteils durch Werbeeinnahmen.

Im Frühjahr 2018 wurden CCTV, China National Radio (CNR) und China Radio International (CRI) zur China Media Group zusammengelegt. Die Rundfunkanstalt hat den Rang eines Ministeriums. Neben

CCTV gibt es eine Vielzahl kleinerer Sender, die ebenfalls größtenteils staatlich sind und sich über Werbung finanzieren. Inhaltlich dominieren Unterhaltungssendungen und Shows. Bis heute müssen aber alle Sender die abendlichen Hauptnachrichten von CCTV übertragen.



Sendezentrale des staatlichen Fernsehens China Central Television in Peking

Bearbeiterin

AUFGABEN

- Lest **M17** und erstellt
 - eine Übersicht (z. B. eine Mindmap) über „Aufgaben von Medien in der Demokratie“.
 - Entwerft jeweils ein passendes Symbol für jede dargestellte Medienfunktion.
 - Formuliert Bedingungen, die erfüllt sein müssen, damit Medien ihre Aufgaben erfüllen können.
- Informiert euch in **M18** über die verschiedenen Massen-Medienarten in Deutschland.
 - Vergegenwärtigt euch, welche Medien ihr selbst nutzt (um euch über Politik zu informieren) und ordnet sie im Anschluss daran in der Grafik in **M18** ein.
 - Nennt euch bekannte Vor- und Nachteile öffentlich-rechtlicher und privater Medien.
- Bildet Kleingruppen, teilt die Fälle in **M19** unter euch auf und prüft für euren Fall, ob die Medienfunktionen (**M17**) erfüllt werden oder nicht. Tragt anschließend euer Ergebnis in der Tabelle ein und präsentiert euch gegenseitig eure Ergebnisse.
- Formuliert eine Stellungnahme der AG „Action for Future“ für die Lehrer-Arbeitsgruppe aus **M16** zum neuen Medienraum der Schule. Argumentiert mit eurem neu erworbenen Wissen.

F Aufgabe 1

Seht euch den Film „Medien – warum die 4. Gewalt für die Demokratie so wichtig ist“ an und ergänzt eure Lösungen zur Aufgabe



Mediencode: 71077-XY

F Aufgabe 3

Prüft einen weiteren Fall, ob Medien ihre Aufgaben erfüllen mit Hilfe folgender Codes



Mediencode: 71077-XY

1.2.2 Politik in den sozialen Medien: eine Chance für mehr Beteiligung oder eine Gefahr für die Demokratie?

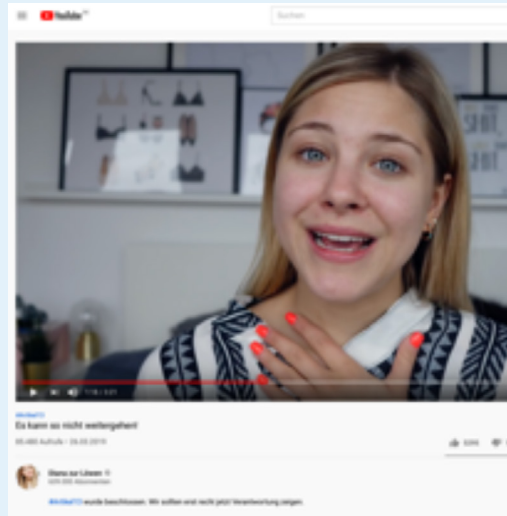
Zum Thema: Das Internet ermöglicht vernetzte und schnelle Kommunikation. Durch „soziale Medien“ hat jeder die Möglichkeit, seine Meinung öffentlich zu machen. Andererseits gibt es eine Menge ungefilterter Nachrichten, sogenannte „Fake News“ und Hass-Botschaften im Netz. Haben „soziale Medien“ also mehr Vorteile oder bergen sie mehr Gefahren für die Demokratie?

M20 „Politisches“ statt „Schminktipp“?

Seit einiger Zeit melden sich zunehmend junge Leute und sogar bekannte Influencer bei YouTube, Instagram und Co. zu politischen Themen zu Wort. Mia und ihre Freundin Aneta haben dazu sehr unterschiedliche Auffassungen:

Influencer

(Englisch: to influence – beeinflussen) Influencer sind Personen, die aufgrund ihrer starken Präsenz und ihres hohen Ansehens in sozialen Netzwerken als Träger für Werbung und Vermarktung in Frage kommen. Sie stellen Produkte vor und erhalten dafür von den Herstellern Geld.



Bearbeiterin

Aneta: „Ich habe jetzt Diana zur Löwens YouTube-Channel abonniert – sie spricht neuerdings auch über Politik, Organspende und so etwas, gar nicht schlecht! Da habe ich gestern etwas über den hohen Stromverbrauch beim Streamen von Videos gelernt!“

Mia: „Dazu wäre mir die Zeit zu schade. Wenn ich mich über Politik informieren will, sehe ich mir lieber richtige Nachrichten an! Die Meinung von Diana zur Löwen interessiert mich nicht – und ob das alles so stimmt, was sie sagt ...?“

EINSTIEGSAUFGABE

Würdet ihr einer der beiden Auffassungen zustimmen oder habt ihr einen anderen Standpunkt? Tauscht euch zunächst mit einer Partnerin/ einem Partner und danach in der Klasse darüber aus.

M21 Funktionieren soziale Medien anders als andere Medien?

- Soziale Medien sind ausschließlich im Internet zu finden. Traditionelle Medien wie Zeitungen, Fernsehen und Radio haben häufig digitale Internet-Zusatzan-
- gebote, die von einer Redaktion betreut werden. Eine Besonderheit der sozialen Medien besteht darin, dass sie es allen Nutzern ermöglichen, selbst Texte, Bilder und Videos mit anderen zu teilen.
- Bei den traditionellen Medien gibt es immer eine Entscheidungsmacht (Journalisten, Programmleiter etc.), die bestimmt, welche Nachrichten und Themen es in die Medien schaffen.
- Ob eine Botschaft viele Leute erreicht, hängt in den sozialen Medien nicht mehr davon ab, wer sie verbreitet, sondern wie viele Leute sie hören und weiterverbreiten wollen. Während die Produktion traditioneller Medien Geld kostet (Arbeitslöhne, Druckkosten, Drehkosten, Unterhaltung von Studios etc.), ist die Verbreitung von politischen Informationen durch soziale Medien wesentlich günstiger bzw. kostenfrei.
- Es ist auch ein Unterschied, ob sich in einer Talkshow beispielsweise die Diskutierenden persönlich gegenüber sitzen oder eine Diskussion über Facebook oder Twitter eher anonym verläuft. Häufig kommt es daher in sozialen Medien zu emotionaleren und auch aggressiveren Äußerungen.
- Bearbeiterin*

M22 Chancen und Risiken sozialer Medien für Demokratie und politische Beteiligung

A Social Bots

- Social Bots sind erst einmal nichts weiter als Profile in den sozialen Medien, hinter denen kein Mensch steht, sondern ein Computer. Die Inhalte werden also nicht von einer realen Person eingetippt, sondern teilweise oder vollständig automatisch erzeugt.
- Es gibt viele Hinweise, warum einem ein bestimmtes Profil zum Beispiel bei Twitter verdächtig vorkommen kann. Wenn ein Account sehr viele Botschaften absetzt und rund um die Uhr aktiv ist, deutet das auf einen Bot hin. Ein echter Mensch wird ja zwischendurch einmal schlafen.
- Es wird aber immer schwieriger, Bots zu erkennen. Zum Beispiel werden in
- Forschungen Accounts als Bots gewertet, die mehr als 50 Twitter-Botschaften am Tag absetzen. Als die ersten dieser Studien veröffentlicht wurden ist etwas Merkwürdiges passiert: Plötzlich gab es Bots, die ganz knapp unter der 50-Tweets-Marke blieben und „nur“ 49 Botschaften am Tag absetzten.
- Es gibt Bots, die auf bestimmte Stichworte reagieren und sich direkt in die Konversation zwischen verschiedenen Nutzern einschalten. Das führt manchmal zu der kuriosen Situation, dass Bots miteinander diskutieren.
- Bearbeiterin, basierend auf: fluter – Magazin der Bundeszentrale für politische Bildung, Vom künstlichen Aufregen, Sommer 2017, Heft 63, S.28*

Crowdfunding

Crowdfunding ist eine Form der Finanzierung (engl. "funding") durch eine Menge (engl. "crowd") von Internetnutzern. Zur Spende oder Beteiligung wird über persönliche Homepages, professionelle Websites und spezielle Plattformen aufgerufen.

B Aus privater Kommunikation wird professionelle Öffentlichkeitsarbeit

[W]oher nimmt die „Fridays for Future“-Bewegung ihre Dynamik? Wer koordiniert das Erscheinungsbild? Angela Merkel vermutete in einer Rede, dass es „äußere Einflüsse“ für so eine Bewegung geben müsse und meinte wohl Russland. „Das war ein Ablenkungsmanöver und der Versuch, uns klein zu machen“, sagt Nisha Toussaint (19) aus Stuttgart. „Im Gegensatz zu vielen Politikern weiß heute jedes Kind, wie man mit moderner Kommunikations-Technik umgeht. Wir sind schließlich ‚Digital Natives‘.“

Inspiziert von Greta Thunberg fingen im November Jugendliche in ganz Europa an, über die Messenger-Dienste WhatsApp oder Telegram ihre Freunde zu kontaktieren. „Das war noch ziemlich anarchisch und funktionierte wie im Schneeballsystem“, sagt Nisha aus Stuttgart. „Die sozialen Netzwerke, die Medien, die über die Streiks berichteten, haben den Effekt dann weiter verstärkt.“ Weil schon nach wenigen Tagen die Chat-Gruppen überfüllt waren, gründeten die Schüler kleinere



Pauline Brünner (l-r), Sebastian Grieme und Carla Reemtsma, Fridays for Future-Aktivistin, sprechen bei einer Pressekonferenz am 19.09.2019 in Berlin zu den Erwartungen an das Klimakabinett und zum bevorstehenden internationalen Streik am 20. September 2019.

Diskussionskreise, ernannten Moderatoren, wählten Delegierte und bildeten Arbeitsgruppen, in denen sich jeder mit seinem individuellen Talent einbringen kann: Junge Computerexperten kümmern sich um den Ausbau der Technik, wer ein Schreibtalent hat, verfasst Pressemitteilungen, andere füttern die Onlinekanäle wie Facebook, Instagram und Twitter mit Content, oder betreuen die Crowdfunding-Aktion, bei der aktuell 75.000 Euro zusammengekommen sind.

Gaby Herzog, „Fridays for Future“-Protestbewegung statt Schule: Diese Future-Macher wollen das Klima retten, www.berliner-zeitung.de, 11.04.2019

C Filter- und Informationsblasen

Soziale Netzwerke wie Twitter oder Facebook personalisieren Inhalte. Wer auf Facebook einen fiktiven Account kreiert – z. B. männlich, 53 Jahre alt, Wohnort München – und die Seiten von ARD, Greenpeace und dem Allgemeinen Deutschen

Fahrrad-Club „likt“, sieht in seinem Newsfeed, Inhalte aus dem Bereich Umweltschutz. Interessant ist, dass der Newsfeed-Algorithmus Inhalte miteinander verknüpft – so wird zum Beispiel ein Beitrag der Tagesthemen über Greenpeace angezeigt. Der Nut-

Wie Filterblasen die Demokratie gefährden – im Video



Mediencode: 71077-XY

zer sieht fortwährend Inhalte, die ihn interessieren, die er ohnehin schon irgendwie im Blick hat. Der Netzkaktivist Eli Pariser hat dafür den Begriff der Filterblase geprägt. [...] Eine kritische Öffentlichkeit jedoch setzt die Kritikfähigkeit der Menschen voraus, die Bereitschaft, den eigenen Standpunkt kritisch zu hinterfragen und sich mit anderen Argumenten und Positionen auseinanderzusetzen.

Wissenschaftler von der englischen Universität Oxford haben aber auch

herausgefunden, dass Menschen, die sich vorwiegend in sozialen Medien über Politik informieren, insgesamt recht vielen unterschiedlichen Informationsquellen begegnen. Mehr als Personen, die zum Beispiel nur eine Tageszeitung abonniert haben und sich dazu noch auf zwei Lieblingssendungen im Fernsehen oder Radio verlassen.

Nach: Adrian Lobe, Was passiert, wenn die Filterblase platzt, www.sueddeutsche.de, 10.12.2018

D Fake News

„EILMELDUNG! Angela Merkel kündigt ihren Rücktritt an!“

„Merkel: Deutsche müssen Gewalt von Ausländern akzeptieren.“

Beide Schlagzeilen sind „Fake News“, die Kanzlerin hat beides nie gesagt. Aber zehntausende Nutzer sozialer Medien haben solche Falschmeldungen geteilt, gelikt oder selbst kommentiert. Die Website BuzzFeed hat ausgewertet, welche Artikel über Angela Merkel von 2012 bis 2017 bei Facebook die meisten Reaktionen von Nutzern bekommen haben. Das Ergebnis: In den Top 10 waren 7 vollkommen verzerrte oder komplett ausgedachte „Berichte“. Man könnte auch sagen: Fake News.

Im Netz sind die erfundenen Meldungen häufig reißerisch formuliert und zielen auf die Gefühle der Menschen. Wenn dann falsche Tatsachenbehauptungen weiter geteilt werden,

wertet der Algorithmus das als Signal für die Wichtigkeit des Posts. Die Folge: Der Post wird noch mehr Leuten angezeigt.

Dass Nutzer immer wieder auf Gerüchte oder Falschmeldungen reinfallen, hat mehrere Ursachen: Zum einen werden die Internetseiten so gestaltet, dass sie optisch wie eine seriöse Nachrichtenseite mit sachlichen Berichten und richtiger Recherche aussieht. Oder sie berufen sich auf eine bekannte Zeitung, verdrehen oder erfinden aber die Tatsachen. Nutzer verlassen sich auch oft darauf, dass alles schon stimmt, weil es Freunde geteilt haben.

Bearbeiterin, basierend auf: © klickwinkel, Algorithmen und ihre Nebenwirkungen, www.klickwinkel.de, Abruf am 07.04.2020

Fake News

Fake News sind in den Medien, besonders in sozialen Medien, verbreitete Falschmeldungen mit Absicht, Meinungen zu manipulieren.

M23 „Posts“ im Kanal von Diana zur Löwen

Z

zoeyy · vor 1 Monat

Du machst das super! Du sagst was du persönlich denkst, informierst aber auch über andere Standpunkte! Nicht böse gemeint, aber du solltest dann auch Politiker aus verschiedenen Parteien begleiten und einladen! Ich habe dich im Interview gesehen und finde, dass du in die Politik gehen solltest. Da könntest du doch viel mehr bewegen als in den sozialen Medien! Ich weiß, dass du das anders siehst, aber überleg es dir noch mal!



6



2

S

Seyda Sedi · vor 1 Tag (bearbeitet)

Hey, du bist nicht die Tagesschau! Soziale Medien eignen sich nicht für Politik. Die Plattform-Betreiber wollen vor allem eins: Geld verdienen! Ich will mich jedenfalls nicht durch Hass-Botschaften beeinflussen lassen und auch noch massenhaft Wahlwerbung von Parteien zu der ganzen anderen Werbung erhalten! Außerdem: Wie soll ich mit jemanden politisch diskutieren, wenn ich noch nicht einmal weiß, ob mein Gegenüber echt ist?



1



Antworten

Bearbeiterin

AUFGABEN

F Aufgabe 2a-c

Seht euch die Grafik zu „Soziale Medien im Wahlkampf“ hinter dem QR-Code an und ergänzt eure Tabelle.



Mediencode: 71077-XY

H Aufgabe 3

→ S. XY

- Vergleicht (mit Hilfe der Operatorenkarte auf S. xy) die Merkmale sozialer Medien und „traditioneller“ Medien.
- Arbeitet zu viert und teilt die Informationen in **M22 A-D** unter euch auf.
 - Lest jeweils alleine euer Material. Notiert mit Hilfe einer Tabelle, welche Gefahren und Chancen sozialer Medien für die Demokratie und politische Beteiligung sich daraus ableiten lassen.
 - Vermittelt euch gegenseitig euren Info-Text und eure Tabelleneinträge.
 - Ergänzt die Tabelle gemeinsam um weitere Chancen und Risiken.
- Lest den Posts in **M23** und erstellt in der Klasse ein Meinungsbild, ob die Influencerin „in die Politik gehen“ sollte, oder in den sozialen Medien mehr bewegen kann. Tauscht eure Begründungen aus.
- Urteilt mit Hilfe der nachfolgenden Methodenkarte, ob Politik in den sozialen Medien eher eine Chance für mehr Beteiligung oder eine Gefahr für die Demokratie sein kann.

Ein begründetes politisches Urteil bilden

I. Worum geht es?

Um sich ein begründetes und „kompetentes“ politisches Urteil zu bilden, bedarf es eines bestimmten Vorgehens. Je mehr Wissen, Perspektiven und Prüfsteine (Kriterien) dazu ausgewertet werden, desto begründeter und überzeugender kann ein Urteil am Ende sein. Wie genau der Prozess der Urteilsbildung funktioniert, erfahrt ihr hier.

II. Geht dabei so vor:

1. Schritt: ein Spontanurteil formulieren

- Formuliert euer erstes spontanes Urteil zum Thema oder zur Fragestellung. Begründet es vorläufig in einem oder wenigen Sätzen.
- Haltet eure spontane Positionierung und ihre Begründung schriftlich fest.

Formulierungshilfen

- Ich denke, dass der Vorschlag umgesetzt werden sollte, weil ...
- Meiner Meinung nach sollte/sollte nicht ..., weil/damit ...
- Ich finde die Forderung richtig, weil dadurch ...



2. Schritt: Fragen an das Thema mit Hilfe von „Prüfsteinen“ (Kriterien) formulieren

Überlegt euch Fragen, die dabei helfen, das Thema oder den Vorschlag genauer zu prüfen. Beispielsweise könntet ihr fragen:

- Können soziale Medien oder die Absenkung des Wahlalters auf 16 helfen, das Desinteresse von Jugendlichen an Politik weiter abzubauen?

Der Prüfstein (das Kriterium) hieße dann „Wirksam-

keit gegen politisches Desinteresse“.

Weitere Beispiele können sein:

- Trägt Politik in den sozialen Medien zur politischen Meinungsvielfalt bei? (Meinungsvielfalt/Pluralität)
- Wie gut ist der Vorschlag (Wahlalter 16) mit geltendem Recht vereinbar? (Gesetzmäßigkeit)

Prüfsteine (Kriterien)-Sammlung

Zum Thema passende Kriterien müssen jeweils ausgewählt und wie in den Beispielen in eine konkrete Frage umformuliert werden! Kriterien können sein:

Umsetzbarkeit ... Wirksamkeit (für/gegen...) ... (Generatio-

nen-) Gerechtigkeit ... Finanzierbarkeit ... Gesetzmäßigkeit ... Nachhaltigkeit ... Sicherheit ... Freiheit ... Zumutbarkeit ... Menschenwürde ... Vereinbarkeit mit demokratischen Prinzipien ... Umweltschutz ... Kosten-/Nutzen-Verhältnis ...



3. Schritt: verschiedene Perspektiven betrachten

Überlegt, wer oder welche Personengruppen mit der Frage etwas zu tun haben. Unterscheidet dabei zwischen den von der Frage direkt Betroffenen, z. B. Jugendliche, Politikerinnen und Politiker, ältere Menschen, etc.



4. Schritt: Prüfsteine (Kriterien) und Perspektiven mit Sachwissen verbinden und gewichten

Nutzt und erweitert euer Sachwissen zum Thema, um es mit den Prüfsteinen und Perspektiven zu verbinden:

- Formuliert Pro- und/oder Kontra-Argumente für jeden Prüfstein.
- Markiert, aus welcher Perspektive welche Argumente besonders wichtig sind.
- Gewichtet die Argumente, indem ihr ihnen Punkte zwischen 1 und 5 gebt.

Pro-Argumente	Kontra-Argumente
Prüfstein: z. B. Wirksamkeit gegen	
Prüfstein: z. B. Generationengerechtigkeit	



5. Schritt: ein begründetes Urteil formulieren

Nachdem ihr Prüfsteine und Perspektiven mit möglichst vielen Informationen zum Thema verbunden habt, formuliert euer Urteil. Benennt dabei die Prüf-

steine und Perspektiven, die für euer Urteil entscheidend sind.

Formulierungshilfen

- *Aus meiner Sicht ist die Forderung ..., weil*
- *Es gibt dafür starke Argumente, zum Beispiel Dieses Argument bezieht sich auf den Prüfstein*
- *Würde die Forderung umgesetzt, hieße dies Aus der Perspektive von ... hätte es die Folge*
- *Gegen die Umsetzung spricht/ die Forderung widerspricht*
- *Wenn ich die Pro- und Contra-Argumente gewichte, komme ich zu dem Schluss*
- *Dabei ist der Prüfstein/ die Perspektive ... entscheidend, weil*



6. Schritt: Rückblick auf das Spontanurteil

Blickt abschließend nochmals auf das Spontanurteil aus dem 1. Schritt zurück und beantwortet die folgenden Fragen:

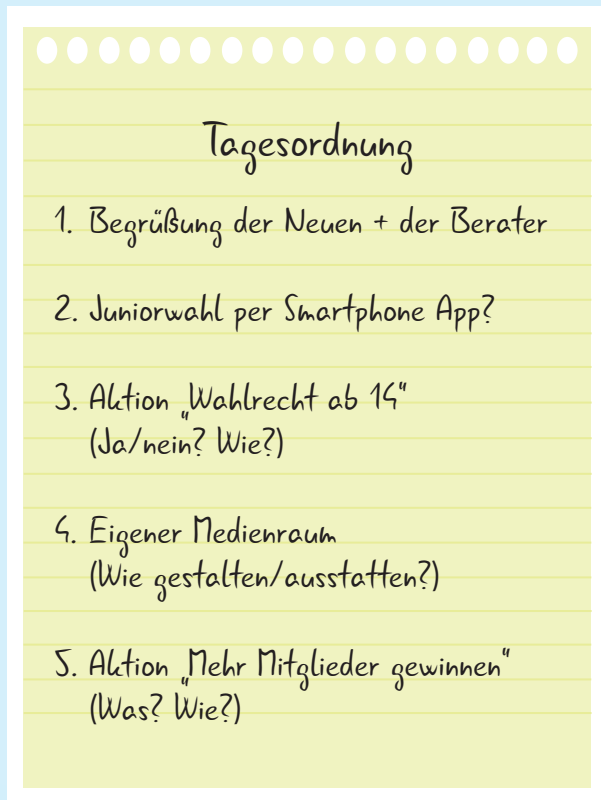
- Inwiefern hat sich euer Spontanurteil verändert?
- Welche Argumente waren dabei von besonderer Bedeutung?
- Welche Kriterien hatten besonderen Einfluss auf eure Urteilsbildung und warum?
- Welche Perspektiven habt ihr erst im Prozess einbezogen oder besonders gewichtet?
- Fehlen euch noch Informationen für ein abschließendes Urteil?

Die AG „Action for Future“ beraten

Die AG „Action for Future“ an Mias Schule plant eine neue Strategie. Bisher haben sie vor allem die Freitagsdemonstrationen geplant und Schülerinnen und Schüler beraten, die dadurch Ärger mit Lehrerinnen, Lehrern und Eltern bekommen haben.

Jetzt wird freitags zwar weniger demonstriert, aber nicht geschwiegen. Beim nächsten Treffen soll es um eine neue Strategie und neue Aktionen gehen.

Eine Tagesordnung wurde bereits aufgestellt:



Bearbeiterin

Aufgaben

1. Ihr seid als Klasse gebeten worden, die AG bei ihrer nächsten Sitzung zu beraten. Vier Abgeordnete der Klasse sollen an der Sitzung teilnehmen. Bereitet euch auf die Sitzung vor, indem ihr:
 - a) vier Gruppen zu jeweils einem Tagesordnungspunkt (2-5) bildet,
 - b) gemeinsam überlegt, wie ihr die AG in eurem Punkt beraten würdet (nutzt dabei möglichst viele eurer Erkenntnisse aus dem Unterricht),
 - c) euch Notizen (z. B. Flipchart, Tablet-Computer, Folien) macht,
 - d) ein Gruppenmitglied auswählt, das die Klasse vertreten wird.
2. Die gewählten Gruppenmitglieder präsentieren ihre Beratungsstrategie zum jeweiligen Tagesordnungspunkt und holen sich im Anschluss ein Feedback aus der Klasse.